

Landesbibliothek Oldenburg

Digitalisierung von Drucken

**Republik. 1918-1930
34 (1920)**

283 (3.12.1920)

[urn:nbn:de:gbv:45:1-435060](#)

Kepublik

Die „Republik“ erscheint täglich mit Ausnahme der Tage nach Sonn- und Feiertagen. Abonnementpreis bei Vorvergütung für einen Monat einschließlich 5.50 Mark, bei Abholen von der Expedition 5.00 Mark, durch die Post bezogen vierzehn Mark, monatlich 14.10 Mark, monatlich 4.70 Mark ansicht. Zeitgegen.

Norddeutsches Volksblatt - Sozialdemokratisches Organ für Oldenburg und Ostfriesland

Hauptredaktion: Peterstraße 76,
Fernsprecher Nr. 58

Rüstringen, freitag, 3. Dezember 1920 • Nr. 283

Preis 25 Pf.

Zur den Jägeraten wird die ehemalige Kleinzelte oder deren Raum für die Infanterie in Rüstringen-Wilhelmsburg und Umgebung, sowie der Platz mit 1.00 Mark berechnet, bei Wiederholungen entsprechender Rabatt. Reklamezelle 4.-Rit. Diaskopfotos auf verschiedene Gejagte-Jägeraten vorher erbeten.

Redaktion: Peterstraße 76
Fernsprecher Nr. 1263

Warum Kleinaktien?

Der in Essen erzielte sogenannte „Wirtschaftstag“ des Unterstaatssekretärs zum Sozialistischen Reichswirtschaftsrates wird die Frage der Begehung von Kleinaktien und eine dahin gehende Änderung der diesbezüglichen Bestimmungen des Handelsregisterbuchs in anbauende Diskussion. Die Kleinaktienfrage ist bereits seit Kriegsende nicht mehr zum Dröhnen gekommen, und zwar wurde sie damals im Zusammenhang mit der drohenden Geldknappheit aufgeworfen. Der Krieg und seine Folgen hat die deutsche Wirtschaft in ihren Grundfesten erschüttert. Die mit Mühe auf die finanzielle Bedürfnisse des Reiches während der Kriegszeit zurückgedrängten Kapitalbedürfnisse der privaten Unternehmungen, vor allen Dingen der Aktiengesellschaften (bis 1919 war die Vornahme von Kapitalerhöhungen an die Genehmigung des Reichskommissariats gebunden), drohten mit Kriegsende auf einen kapitalarmen Gedanken zu stoßen.

Um dieser Möglichkeit, die bis heute befürchtet nicht Tatsache geworden ist, da bisher selbst die phantastischen Kapitalanforderungen der Industrie infolge der fortwährenden Inflation und der dadurch verursachten Anhäufung liquider Mittel wieder befriedigt werden konnten, vorzubeugen, ging zu Beginn des Jahres 1919 von zahlreichen Stellen die Anregung aus, den § 180 Abs. 1 des Handelsregisterbuchs dahingehend zu ändern, daß in Stelle des bisherigen Aktienmindestbetrages von 1000 Mark ein kleinerer Betrag, etwa 100 oder 200 Mark, eingefügt werde. Aus welchen Gründen bei Entstehung des Handelsregisterbuchs der Aktienmindestbetrag auf 1000 Mark normiert wurde, mag hier unerörtert bleiben. Jedenfalls drohte sich diese Bestimmung dem Kriegsende ausreichend gehobenen und bis dahin kaum angeschwollenen Kapitalbedürfnis der Industrie hindernd entgegenzustellen. Man befürchtete eine Armut an flüssigem Kapital und wollte infolgedessen durch die Einführung von sogenannten Kleinaktien, die in anderen Ländern schon längst gebräuchlich waren, Verwendung in Deutschland aber an bestimmte Voraussetzungen gebunden ist, auch das in kleinen Teilen gesplitterte Kapital des breiten Publikums zur Finanzierung der Industrie heranziehen.

Es handelt sich also um eine Frage, die an sich zweifellos von höchster wirtschaftlicher Bedeutung ist, deren Lösung aber damals sowohl die heim im urigensten Interesse der Industrie, und vor allen Dingen ihrer Aktiengesellschaften, liegt. Es sei daher darauf hingewiesen, daß bereits im Juni 1919 der Verein zur Wahrung der gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen in Rheinland und Westfalen (Generalsekretär Dr. De Beumer) mit einem dahingehenden Antrag an das Reichswirtschaftsministerium gerichtet. In diesem Antrage wurde u. a. auf die hohen Steuerlasten der Industrie und die Schwierigkeiten bei deren Flüssigmachung hingewiesen, sowie auf die Möglichkeit, die Entente auf die Abrogation der steuerlichen Verpflichtungen an Gesellschaften zu übergegenden Industriestrukturen einzugeben, wodurch eine Überlebensfähigkeit der deutschen Industriunternehmungen zu befürchten ware. Ein Oktober desselben Jahres trat dann auch der deutsche Industrie- und Handelsrat mit einem Rundschreiben an die Handelskammern heran, worin er deren Meinungsbefragung bezüglich der Einführung von Kleinaktien erbat. Mit uns auch das Ergebnis der seltsameren Hauptaufsichtsverhandlungen des Handelsrates unbekannt geblieben, so wissen wir doch, daß sich die Handelskammern durchweg für die Neuerung, also für die Finanzierung des Kleinaktiells zur Finanzierung der Großunternehmungen einstimmten. Das soziale Moment, die Frage der Abschwächung des Interessenkonkurrenzfaches von Arbeitnehmer und Arbeitgeber wurde auch schon damals in Erwägung gezogen. Man wollte zwei Flügel mit einer Klappe schließen: einerseits die Finanzierung der Industrie sicherstellen und andererseits die Arbeitsmarktpolitik von der Sozialisierung trennen, doch man sah die Möglichkeit, daß sich durch den Erwerb von Kleinaktien selbst an den Erfolglosen der Unternehmungen zu beteiligen. Man suchte also Sozialisten zu Kapitalisten zu machen, wenn auch nur zu recht bestellenden. Bemerkenswert bei der ganzen Bevölkerung war übrigens, daß man von vornherein eine Grenze, etwa bis zu 1% oder 2% des Stammkapitals festlegen wollte, über die hinzu keine Kleinaktien begeben werden durften. Der entscheidende Einfluß des Großkapitals bei den einzelnen Unternehmungen sollte also von vornherein sichergestellt bleiben. Waren die dahingehenden Anträge damals Gelingen geworden, so hätte sich der sog. Kleinaktiör seines mehr als zweckhaften Titel nur durch die Preisgabe seiner weitermaßgebenden Rechte erwerben können. Sein Einfluss auf den Gang der Unternehmungen wäre notwendigerweise gleich Null geblieben, dagegen hätte er zur Verstärkung des kapitalistischen Systems nicht unbedingt beigetragen.

Um, nach Jahnestraß, wird der „Wirtschaftstagsvorschlag“ Stimme-Sicherberg des Arbeiterschaft ernannt diesen Förderer hin. Tatsächlich ist, daß der Gewerkschafter Wagner dem Antrage beigetreten ist. Von dem christlichen Arbeitervertreter“ war nichts anderes zu erwarten. Selbst-

Um die Viehabschieferung.

Die Verhandlungen über die Viehabschieferung in Paris, die Ende der vorigen Woche unterbrochen und Anfang dieser Woche wieder aufgenommen wurden, sind, wie verlautet, gestern um einige Tage verlängert worden, da noch einige Einzelheiten geregelt werden müssen. Man rechnet damit, daß die Verhandlungen am Freitag dieser Woche zum endgültigen Abschluß gebracht werden.

Oesterreichs neuer Gesandter in Berlin.

Wie die Tägliche Rundschau erläutert, ist der bekannte deutsch-nationalen früheren Abgeordnete Dr. von Langenhan zum Berliner Gesandten ernannt worden. Vor ihm amtierte der bekannte Professor Lugs Hartmann.

frankreich und Deutschlands Einwohnerwehren.

Aus Paris wird berichtet: Es ist Paris meldet, daß Frankreich nach den Sicherungsverträgen der bayerischen Regierung geneigt sei, seinen Verbündeten gegen das Fortsetzen der Einwohnerwehren in Bayern fallen zu lassen. Nach der Zustimmung der übrigen Alliierten sei nie zu zweifeln gewesen.

Aus der Verleumderkiste.

Wegen Beleidigung des Reichspräsidenten Ebert wurde der Mitarbeiter des Freien Prese, Siegl, von der Strafgerichts 9 des Landgerichts in Berlin an drei Monaten Gefängnis verurteilt. Siegl veröffentlichte am 5. August einen Artikel in der Freien Presse mit der Überschrift: „Das Recht des Reichspräsidenten als Schändungsträger“. Das Gericht erachtete in diesem Artikel eine wünschliche Herabsetzung des Reichspräsidenten, der kleine als Schändungsträger anstrebende Kämpfer.

holland gegen die Kapitalsschleber.

Die Entstehungen über die deutschen Kapitalversicherungen nach Ostland, wonach die Firma Bönsler, Berlin u. Co. in bedeutendem Umfang beteiligt sein soll, haben, wie aus Amsterdam bekannt wird, der holländischen Steuerverwaltung Beratungserlaubnis, ebenfalls eine Unterlassung gegen die Firma einzulegen, sofern es eine Widerlegung der Firma Bönsler ist. Diese Firma ist eine wichtige Herabsetzung des Reichspräsidenten, der kleine als Schändungsträger anstrebende Kämpfer.

Neue Kriegspläne der Bolschewisten?

Aus Basel wird berichtet: Der Matin meldet, die Funktionäre in Alem senden einen „Aufruf an alle“, der den Sozialist der bolschewistischen Sere nach Westen aufzufordern und die Arbeiterschaft von Ungarn, Polen und Deutschland zur Solidarität aufruft.

Die vorliegende Meldung sieht wohl wichtiger aus, als ihr Inhalt in Wirklichkeit ist.

Die ungarischen Königsmacher.

Aus der ungarischen Nationalversammlung wird berichtet: Auf die Interpellation des Abgeordneten Hosszú über die Verfassungsreform und die endgültige Lösung der Königsfrage erwiderte Ministerpräsident Teleki, in dieser Angelegenheit verfügte sich energetisch die Aufsicht des Unterseitlers, daß die Theorie einer außenpolitische Angleichbarkeit sei. Die Entscheidung über die Absonderung einer inneren Angelegenheit der ungarischen Nation und wurde durch Ungarn ganz nach seinem eigenen Gesessen erledigt. Selbst der Friedensvertrag erkennt in dieser Beziehung das Schicksal umgangen Umgang an. Die Antwort des Ministerpräsidenten wurde mit großer Beifall zur Kenntnis genommen.

Deutscher Reichstag.

Sitzung vom Mittwoch: Vor Eintritt in die Tagessitzung ordnete Abg. Löchner (N. S. Unt.), einen schlemmernden Antrag folgt zur Beratung zu stellen, der die Hoffnung auf eine Abänderung des in München festgenommenen Abgeordneten Gemmell fordert. Da niemand aus dem Hofje wider spricht, wird der Antrag auf die Tagessitzung gelegt.

Abg. Höhlein (N. S. Unt.) fordert den Antrag und verzögert sofortige Beratung Gemmells. Die Abgeordneten Werling (D. F.), Buhlage (S.), Reicht (Bav. Sp.), Etzeleng

(Dem.) fordern Verweisung des Abgeordneten auf den Reichsverordnungshof. Der Antrag auf sofortige Beratung des Abg. Gemmell wird mit den Stimmen der sozialistischen Parteien angenommen, da die bürgerlichen Parteien schriftlich vertreten sind.

So folgt das Werk betreffend verschieden Vereinbarungen zwischen der deutschen Regierung und der königlich ungarnischen Regierung, der tschechoslowakischen Regierung sowie der österreichischen Regierung.

Nach einigen Ausführungen beschließt der niederrheinische Meier, die Beratung in allen Beziehungen angenommen.

Werow wird die Bekanntmachung über das Reichsamt für Sozialpolitik fortgesetzt. Es steht eine Reihe von Anträgen vor. Ein Antrag der Regierungsparteien fordert gezielte Reaktion der Reichsminister. Ein anderer Antrag der selben Parteien fordert die Regierung auf, bei den Verhandlungen auf das nahezu völlige Verbot der Waffenbeschaffungen und eine Rinderung der Versicherungen an Auto zu verzichten. Ein Antrag Hartwich (Dem.) fordert die Auflösung der Brauerei zum Wörterbund. Ein Antrag Hartwich (Dem.) erfordert den Reichswirtschaftsminister, sich die königliche Wirtschaft eines hochrangigen Mannes aus den Kreisen des Handwerkes und Gewerbes zu führen. Ein Antrag Dr. Meyer (D. F.) will eine Beteiligung der Städteverordnungsdurchsetzung dahin vorgenommen haben, daß gegen die Befreiungsnahe und Enteignung innerhalb von fünf Monaten von der Justizierung des Befreiungsbelegschafts ab.

Abg. Düwell (N. S. Unt.): Mit der Technischen Kommission schafft man sich nur ein Zwischenstück heran. Die Regierung lebt noch der Hand in den Mund und schreitet gegen die Befreiungsnahe nicht ein.

Abg. Höhlein (N. S. Unt.): Nach den Entwicklungen zweites Kriegsministeriums einerseits Partei-

gen und Frontseite einer erheblichen Brüderlichkeit auf Kosten. Wir müssen unser Volk die volle so. auch höhere Wohlfahrt sorgen. Mit der Sozialisierung dürfen wir nicht warten, bis alles zusammenbricht, sondern müssen jetzt beginnen vorzugehen. Die Sozialisierung kann nicht auf die Gewerbe konzentriert werden, weil ja nur die Gewerbe, nur die Gewerbe, nur die Gewerbe haben wir ja gar nichts mehr, nur die Gewerbe und einige Großkapitalisten.

Abg. Hammel (D. F.): Das Friedensabkommen hat uns die schwere Waffe des autonomen Sozialists aus den Händen geschlagen, mit der wir das Handwerk schützen konnten. Die Gewerbe müssen ihre wichtigsten Konkurrenten treiben. Sie haben unsre Patente schützen gemacht, und die Schiffe genommen. Der Verlust des Handwerks und die anderen Industrieerwerke runden unserer Industrie gerade die höchste Krise. Eigenten gegenüber den Kleinunternehmern. So lange es noch Leute gibt, die in Kleiner Selbständigkeit leben wollen, so lange wird der Sozialismus sein Ziel nicht erreichen. Der Frieden verhindert nicht so schnell, wie die Sozialdemokratie meinen. Er ist durchaus lebensfähig. Man lasse keinen Arbeit. So lange er will, wie brauchen sein Höchstmaß und Gewerbe nicht aus.

Abg. Seythien (D. F.): Die Programmrede des Minister erinnert Vertreter. Das deutsche Volk ist froh, daß die britannische Art der Revolutionserungen ausgeschaut hat. Wo in zwei Jahren heruntergeworfen ist, kann nicht in wenigen Monaten erfreut werden. Wie danken dem Minister für sein Wohlwollen gegenüber den Kleinunternehmern. So lange es noch Leute gibt, die in Kleiner Selbständigkeit leben wollen, so lange wird der Sozialismus sein Ziel nicht erreichen. Der Frieden verhindert nicht so schnell, wie die Sozialdemokratie meinen. Er ist durchaus lebensfähig. Man lasse keinen Arbeit. So lange er will, wie brauchen sein Höchstmaß und Gewerbe nicht aus.

Reichswirtschaftsminister Scholz: Die Regierung ist aufs ernsthaftest bestrebt, den berechtigten Wünschen von Handwerk und Kleingewerbe nachzukommen. Über die Abänderung des Gewerbeordnung schwebende Verhandlungen im Ministerium mit dem Reichswirtschaftsamt der deutschen Handwerke. Nach der Handelsvertrag wird das Handwerk nicht verpreßt. Wir sind leicht bestrebt, den Abstand der Kriegsgefechtsfronten zu verringern. Von 1. Juli bis 30. September sind 840 Personen entlassen worden, seit dem 1. Oktober weitere 200. Ich habe Verhandlungen getroffen, daß diejenigen mit möglichst langen Zeiträumen geführt würden, damit ich nach anderer Weisung umsehen kann. Die Gewerkschaften befinden sich jetzt im Übergang. Von den 886 Mitgliedern des vorläufigen Reichswirtschaftsrates sind nur 12 der Regierung, 12 von Reichsrat ernannt. Die Bezeichnung der Aufgabe erfolgt im Ministerium durchaus gerecht. Ich habe die Befreiung des Arbeitsministeriums vom Oktober über die Verstellung von Bergbaumaßnahmen genommen. Bergbauern sich die Verhältnisse wesentlich geändert, und Herr Höhlein hat die neuen Befreiungen genannt, die nach meinen Erfahrungen gleichfalls richtig sind. Ich habe mich sehr wohl gefühlt, von einem französischen Befreiungsbericht zu sprechen, weil ich die meisten Preisen darüber nicht wiedergeben kann.

Das Haus verlädt sich. Donnerstag 12 Uhr Weiterberatung.

verständlich ist, daß sich nicht nur die Verarbeiterschaft, sondern die gesamte Arbeiterschaft Deutschlands gegen diesen Wirtschaftstag stemmt. Die kampfsoziale Lehre, die Widerstand gegen den Vorsitzenden des Abgeordneten Gemmell fordert. Da niemand aus dem Hofje wider spricht, wird der Antrag auf die Tagessitzung gelegt.

Abg. Höhlein (N. S. Unt.) fordert den Antrag und verzögert sofortige Beratung Gemmells. Die Abgeordneten Werling (D. F.), Buhlage (S.), Reicht (Bav. Sp.), Etzeleng

Die neue preußische Verfassung.

Wie gestern gemeldet, ist der preußische Verfassungsentwurf durch die Landesversammlung angenommen worden. Was geplanten werden ist, ist leider kein Ideal, aber immerhin auch für die Sozialdemokratie annehmbar. Abhängige, Kommunisten und Demokratiepartei werden, wie jetzt, am 1. Januar gegen die Verfassung stimmen. Die Deutsche Volkspartei schwant noch.

Die preußische Verfassung ruht auf der Souveränität des Reiches. Regelmäßiger Abgelegung ist der Landtag, der nach dem allgemeinen und gleichen Wahlrecht besteht.

Beilage.

Freitag,
den 3. Dezember 1920

Rüstringen-Wilhelmshaven.

Rüstringen, 2. Dezember.

Die Versorgungskasse der „Deutsche“ Werke A. G.

Einem Wunsche weiter Arbeitnehmer entsprechend, hat sich die Deutsche Werke Aktiengesellschaft entschlossen, der Gründung einer Versorgungskasse näher zu treten. Der Satzungsentwurf der Kasse ist bereits von den Vertretern der Betriebe übersehen worden und hat ihre Zustimmung gefunden. Auch der Ausschuss der Gesellschaft wird sich bereit in Närge mit der Angelegenheit befassen. Da die Versorgungskasse mit Beitragszwang für alle Arbeiter und Arbeitnehmer sowie dienstlichen unteren Angestellten ausgestattet werden soll, die nicht der Angestellt-Versicherungsfürstung unterliegen, wird sich jeder fragen: Was hat diese Kasse für einen Zweck, was bringt sie mir?

Für die alten Arbeiter soll die Versorgungskasse außer den neuen Leistungen eine Sicherstellung der Anwartschaften gewähren, welche sich 1. je Arbeiter durch lange Dienstzeit auf Grund der Bestimmung des früheren Artikels 43, Absatz 7, oder der Hamm-Art.-Vertragsbestimmungen vorschriften bei vollem Verdienst erwerben hätten. Die Säugung des Versorgungskasse liegt hierüber: „Sollte ein Mitarbeiter, welche bereits solche Anwartschaften besitzt, wieder aus dem Dienst der Ammendorf-Gesellschaft aussteigen, so wird der Wert der Anwartschaft am 1. Januar 1920 im Mitgliedsbuch festgestellt. Diese Anwartschaft bleibt den Witigeben erhalten, auch wenn sie aus irgendeinem Grunde aus dem Dienst der Deutschen Werke Aktiengesellschaft ausscheiden und dann die Versicherung bei der Kasse nicht freiwillig fortsetzen.“ Alle alten Arbeiter werden ohne Rücksicht auf ihr Alter und ihren Gesundheitszustand in die Kasse aufgenommen, wenn sie am 1. Mai 1920 in den Dienst der Deutschen Werke Aktiengesellschaft treten.

Für jüngere Arbeiter in die Versorgungskasse, für welche die Deutsche Werke Aktiengesellschaft beträchtliche Zusätze leisten will, eine Sparkasse, in die sie allmählich ihre Einlage machen, eine Sicherung gegen Unfälle und Arbeitsbeschaffenheit, ein Schuh für die Familie, eine Fürsorge für die alten Tage, eine Versorgung der Witern und Waisen und eine notwendige Ergänzung der meist unzureichenden reichsgerichtlichen Versicherung.

Die Versorgungskasse leistet keine widerrechtlichen Unterstellungen, sondern gewährt ihren Mitgliedern einen unbedingten Rechtsanspruch auf die Kostenleistungen. Aufgenommen werden alle neu in den Dienst der Werke eingestellten Arbeiter bis zum 50. Lebensjahr. Aufnahmegerüchten werden nicht erhoben und eine ärztliche Voruntersuchung findet nicht statt. Anspruch auf die Kostenleistungen besteht nach einer Werktätigkeit von 10 Jahren. Bei früherem Auscheiden wird eine Abgangsversorgung in Höhe von 75 Prozent des vom Mitglied selbst eingeszahlten Beitrags oder Ruhens der Versicherung bei vorübergehender Arbeitsunterbrechung bis zu 52 Wochen, ohne Beitragsleistung gewährt. Eine Ausrechnung der reichsgerichtlichen Renten auf die Kostenleistungen der Versorgungskasse findet nicht statt.

Die Versorgungskasse gewährt Anwartschaften bei Berufsunfähigkeit (zwei Drittel Ersparnislohn), Altersrente im Alter von 65 Jahren oder nach 40jähriger Mitgliedschaft, Witwers- und Waisenrente. Für die Wirkung dieses folgendes Beispiel: Familie mit 3 Kindern, Einkommen des Mitglieds 10 000 Mark; nach 10 Jahren: Mitgliederrente und Kinderzuschlag = 1500 Mark, Witwers- und Waisenrente = 1812,50 Mark; nach 30 Jahren: Mitgliederrente und Kinderzuschlag = 3000 Mark, Witwers- und Waisenrente = 2200 Mark. Die Leistungsstellen für das Mitglied auf 7,70 Mark, wodurch bei einem Einkommen von 10 000 Mark und darüber. Die Deutsche Werke Aktiengesellschaft gibt aus eigenen Mitteln auf jedem Jahrzehnt von mindestens 3,85 Mark. Die Mitwirkung der Versicherer und der Betriebsräte ist in der Organisation und der Verwaltung der Kasse in weisegemendem Weise gesichert. Denn die örtlichen Räte, ordne sind sollen aus einem Arbeitgebervertreter und zwei Arbeitnehmervertretern bestehen, die vom Betriebsrat gewählt werden. Der Zentralvorstand soll aus drei Vertretern des Arbeitgebers

und aus vier Arbeitnehmern, die von dem Zentralbetriebsrat gewählt werden, bestehen. Ein Ausschuss des Betriebsrates aller Werke muss bei allen wichtigen Sitzungen anwesend sein. Daher ist für wirksame Interessenvertretung der Versicherer gesorgt!

Es soll nun möglichst bald eine Erprobung der Belegschaften darüber stattfinden, ob die Versorgungskasse mit Beitragszwang auf dieser Grundlage ins Leben treten soll. Wenn möglich, soll dann die Erhebung der Beiträge bereits am 1. Jan. 1921 beginnen. Sollte unter Gewissenheit seiner Rechtheit für die Gründung der Kasse vorhanden sein, so würde es sehr frölich sein, ob eine Versorgungskasse überhaupt geprägt werden kann und es würde dann die Befriedigung der erworbenen Ansprüche der alten Arbeiter auf diese Weise möglich sein.

Achtung, Beamter und Zimmerer! Der Kunde beträgt in folge Vereinbarung mit den hiesigen Bauantragseignern ab 26. November dieses Jahres für Mauern und Zimmer 6,15 Mark und für Dacharbeiten und Erdarbeiten 8,05 Mark pro Stunde. Differenzen sind in den Büros zu melden.

Geheimerkostenstellen. In letzter Zeit sind öfter Klände entstanden, durch die in heutiger Zeit besonders empfindliche Schäden verursacht wurden. Es soll daher, um in Wandflächen schnellste Hilfe heranzuziehen zu können, die Geheimkostenstellen Rüstringens nachstehend bekanntgegeben:

a) Bezirk Bant:

Dilgendorfer, Nathaus Wilhelmshavener Straße 63, Fernsprech-Nummer 589.

Plade, Börnestraße 54, kein Fernsprech-Anschluss.

Archer, Börnestraße 21, Fernsprech-Nummer 21.

Weinmann, Genossenschaftsstraße 1, Fernsprech-Nummer 222.

Nethorn, Börnestraße 2, Fernsprech-Nummer 684.

Sandmeier, Adelstraße 9, Fernsprech-Nummer 208.

Hoeven, Wilhelmshavener Straße 84, Fernsprech-Nummer 327.

Diers, Börnestraße 64, (durch Fernspr. Dohmann, Börnestraße 63), Berlin-Nr. 621.

Vollgrotewohle, Nathaus Wilhelmshavener Straße, Fernspr.-Nr. 70.

b) Bezirk Heppen:

Günzinger, Mühlstraße 25, kein Fernsprech-Anschluss.

Krause, Tonndreifstraße 45, Fernsprech-Nummer 1411.

Wolffmann, Gedächtnisstraße 23, Fernsprech-Nummer 211.

Meijerius, Gedächtnisstraße 23, Fernsprech-Nummer 1117.

Nölter, Gedächtnisstraße 20, Fernsprech-Nummer 848.

Abema, Heppener Niederrichtsstraße 4, Fernsprech-Nummer 408.

Dütsch, Göderkesstraße 1, kein Fernsprech-Anschluss.

Hoeven, Einigungstraße 1, Fernsprech-Nummer 184.

Nielson, Einigungstraße 3, Fernsprech-Nummer 676.

Kohl, Gedächtnisstraße 168, Fernsprech-Nummer 522.

c) Bezirk Neuende:

Brunns, Oberstraße 66, Fernsprech-Nummer 508.

Hüllmers, Chancerystraße 20, Fernsprech-Nummer 370.

Krieger, Schönstraße 1, Fernsprech-Nummer 224.

Minckwitz, Stadtgärtnerstraße 1, Fernsprech-Nummer 907.

Höltken, Gedächtnisstraße 109, Fernsprech-Nummer 951.

Wieling, Werftstraße 102, Fernsprech-Nummer 372.

Güller, Genossenschaftsstraße 82, kein Fernsprech-Anschluss.

d) Bezirk Neugroden:

Bossem, Fortifikationsstraße 208, Fernsprech-Nummer 674.

Geldemeier, Fortifikationsstraße 313, Fernsprech-Nummer 1055.

Tielmann, Fortifikationsstraße 22, Fernspr.-Nr. 1628.

Jümmen, Fortifikationsstraße 107, Fernsprech-Nummer 741.

e) Polizeiwache Bismarckstraße: Fernspr.-Nr. 1146.

1400 Mitglieder hat die Partei. In den letzten Wochen sind 1400 Mitglieder für die Partei neu geworden. Eine Erneuerung für die, die an der Werberarbeit teilgenommen haben. Ein Beweis des Werbefestes unserer Partei. Genossinnen und Genossen, werdet weiter für unsre Sache! Es gilt, die einzige Vertretung des Proletariats, die alle Sozialdemokratie weiter zu statten. — Diese Notiz bezieht sich freilich nicht auf hier, sondern

auf den Kreisgruppenverbanden ausserhalb unseres Landes.

meine Grundidee gestillt wurde. Letzteres horchte der Direktor auf. Und höchst ehrlich entwidete Fred: „Ich bin den großen Gedanken, die über Moordänen auszurufen und in elektrischen Strom umgesetzt, und habe die außerordentliche Bedeutung hervor, die ein solches Werk für das ganze Land haben werden.“

Und glauben Sie, daß ein solches Unternehmen Gewinn bringt?“ fragte der Direktor plötzlich.

Ned lächelte: „Was mein Freund Goldt oft ansah, daß ich fischer.“ Lachte er. „Glaubt mir, er ist ein sehr vorsichtiges Ingenieur als Mitarbeiter, und beide haben bereits einige neue Maschinen gebaut, modifiziert die Werkstatt noch wesentlich vereinfacht wird. Der Mann hat eine große Zukunft.“ Ich er lachend.

Der Direktor rückte auf seinem Stuhl. „Und woher hat er das Geld?“ fragte er, „es wird sich doch jedenfalls um Millionen handeln.“

„Wie ich hörte“, meinte Fred, „will eine große Firma sich beteiligen — Vermittelt wird ich freilich nicht, außerdem hat er selbst einige Hunderttausende.“

„Es ist also noch nicht abgeschlossen?“

„Woher laum,“ sagt Ned mehr, daß eigentlich Verhandlungen scheitern“, sagte Ned bedeutsam.

„Woher weißt du,“ fragt Ned, „dass die Bank sich wohl nicht?“

„Woher kann es wohl,“ sagt Ned, „dass die Bank gern will?“

„Woher kann es wohl,“ sagt Ned, „dass die Bank gern will?“

„Woher kann es wohl,“ sagt Ned, „dass die Bank gern will?“

„Woher kann es wohl,“ sagt Ned, „dass die Bank gern will?“

„Woher kann es wohl,“ sagt Ned, „dass die Bank gern will?“

„Woher kann es wohl,“ sagt Ned, „dass die Bank gern will?“

„Woher kann es wohl,“ sagt Ned, „dass die Bank gern will?“

„Woher kann es wohl,“ sagt Ned, „dass die Bank gern will?“

„Woher kann es wohl,“ sagt Ned, „dass die Bank gern will?“

„Woher kann es wohl,“ sagt Ned, „dass die Bank gern will?“

„Woher kann es wohl,“ sagt Ned, „dass die Bank gern will?“

„Woher kann es wohl,“ sagt Ned, „dass die Bank gern will?“

„Woher kann es wohl,“ sagt Ned, „dass die Bank gern will?“

„Woher kann es wohl,“ sagt Ned, „dass die Bank gern will?“

„Woher kann es wohl,“ sagt Ned, „dass die Bank gern will?“

„Woher kann es wohl,“ sagt Ned, „dass die Bank gern will?“

„Woher kann es wohl,“ sagt Ned, „dass die Bank gern will?“

„Woher kann es wohl,“ sagt Ned, „dass die Bank gern will?“

„Woher kann es wohl,“ sagt Ned, „dass die Bank gern will?“

„Woher kann es wohl,“ sagt Ned, „dass die Bank gern will?“

„Woher kann es wohl,“ sagt Ned, „dass die Bank gern will?“

„Woher kann es wohl,“ sagt Ned, „dass die Bank gern will?“

„Woher kann es wohl,“ sagt Ned, „dass die Bank gern will?“

„Woher kann es wohl,“ sagt Ned, „dass die Bank gern will?“

„Woher kann es wohl,“ sagt Ned, „dass die Bank gern will?“

„Woher kann es wohl,“ sagt Ned, „dass die Bank gern will?“

„Woher kann es wohl,“ sagt Ned, „dass die Bank gern will?“

„Woher kann es wohl,“ sagt Ned, „dass die Bank gern will?“

„Woher kann es wohl,“ sagt Ned, „dass die Bank gern will?“

„Woher kann es wohl,“ sagt Ned, „dass die Bank gern will?“

„Woher kann es wohl,“ sagt Ned, „dass die Bank gern will?“

„Woher kann es wohl,“ sagt Ned, „dass die Bank gern will?“

„Woher kann es wohl,“ sagt Ned, „dass die Bank gern will?“

„Woher kann es wohl,“ sagt Ned, „dass die Bank gern will?“

„Woher kann es wohl,“ sagt Ned, „dass die Bank gern will?“

„Woher kann es wohl,“ sagt Ned, „dass die Bank gern will?“

„Woher kann es wohl,“ sagt Ned, „dass die Bank gern will?“

„Woher kann es wohl,“ sagt Ned, „dass die Bank gern will?“

„Woher kann es wohl,“ sagt Ned, „dass die Bank gern will?“

„Woher kann es wohl,“ sagt Ned, „dass die Bank gern will?“

„Woher kann es wohl,“ sagt Ned, „dass die Bank gern will?“

„Woher kann es wohl,“ sagt Ned, „dass die Bank gern will?“

„Woher kann es wohl,“ sagt Ned, „dass die Bank gern will?“

„Woher kann es wohl,“ sagt Ned, „dass die Bank gern will?“

„Woher kann es wohl,“ sagt Ned, „dass die Bank gern will?“

„Woher kann es wohl,“ sagt Ned, „dass die Bank gern will?“

„Woher kann es wohl,“ sagt Ned, „dass die Bank gern will?“

„Woher kann es wohl,“ sagt Ned, „dass die Bank gern will?“

„Woher kann es wohl,“ sagt Ned, „dass die Bank gern will?“

„Woher kann es wohl,“ sagt Ned, „dass die Bank gern will?“

„Woher kann es wohl,“ sagt Ned, „dass die Bank gern will?“

„Woher kann es wohl,“ sagt Ned, „dass die Bank gern will?“

„Woher kann es wohl,“ sagt Ned, „dass die Bank gern will?“

„Woher kann es wohl,“ sagt Ned, „dass die Bank gern will?“

„Woher kann es wohl,“ sagt Ned, „dass die Bank gern will?“

„Woher kann es wohl,“ sagt Ned, „dass die Bank gern will?“

„Woher kann es wohl,“ sagt Ned, „dass die Bank gern will?“

„Woher kann es wohl,“ sagt Ned, „dass die Bank gern will?“

„Woher kann es wohl,“ sagt Ned, „dass die Bank gern will?“

„Woher kann es wohl,“ sagt Ned, „dass die Bank gern will?“

„Woher kann es wohl,“ sagt Ned, „dass die Bank gern will?“

„Woher kann es wohl,“ sagt Ned, „dass die Bank gern will?“

„Woher kann es wohl,“ sagt Ned, „dass die Bank gern will?“

„Woher kann es wohl,“ sagt Ned, „dass die Bank gern will?“

„Woher kann es wohl,“ sagt Ned, „dass die Bank gern will?“

„Woher kann es wohl,“ sagt Ned, „dass die Bank gern will?“

„Woher kann es wohl,“ sagt Ned, „dass die Bank gern will?“

„Woher kann es wohl,“ sagt Ned, „dass die Bank gern will?“

„Woher kann es wohl,“ sagt Ned, „dass die Bank gern will?“

„Woher kann es wohl,“ sagt Ned, „dass die Bank gern will?“

„Woher kann es wohl,“ sagt Ned, „dass die Bank gern will?“

„Woher kann es wohl,“ sagt Ned, „dass die Bank gern will?“

„Woher kann es wohl,“ sagt Ned, „dass die Bank gern will?“

„Woher kann es wohl,“ sagt Ned, „dass die Bank gern will?“

„Woher kann es wohl,“ sagt Ned, „dass die Bank gern will?“

„Woher kann es wohl,“ sagt Ned, „dass die Bank gern will?“

„Woher kann es wohl,“ sagt Ned, „dass die Bank gern will?“

„Woher kann es wohl,“ sagt Ned, „dass die Bank gern will?“

„Woher kann es wohl,“ sagt Ned, „dass die Bank gern will?“

„Woher kann es wohl,“ sagt Ned, „dass die Bank gern will?“

„Woher kann es wohl,“ sagt Ned, „dass die Bank gern will?“

„Woher kann es wohl,“ sagt Ned, „dass die Bank gern will?“

„Woher kann es wohl,“ sagt Ned, „dass die Bank gern will?“

„Woher kann es wohl,“ sagt Ned, „dass die Bank gern will?“

„Woher kann es wohl,“ sagt Ned, „dass die Bank gern will?“

„Woher kann es wohl,“ sagt Ned, „dass die Bank gern will?“

„Woher kann es wohl,“ sagt Ned, „dass die Bank gern will?“

„Woher kann es wohl,“ sagt Ned, „dass die Bank gern will?“

„Woher kann es wohl,“ sagt Ned, „dass die Bank gern will?“

„Woher kann es wohl,“ sagt Ned, „dass die Bank gern will?“

„Woher kann es wohl,“ sagt Ned, „dass die Bank gern will?“

„Woher kann es wohl,“ sagt Ned, „dass die Bank gern will?“

„Woher kann es wohl,“ sagt Ned, „dass die Bank gern will?“

„Woher kann es wohl,“ sagt Ned, „dass die Bank gern will?“

„Woher kann es wohl,“ sagt Ned, „dass die Bank gern will?“

„Woher kann es wohl,“ sagt Ned, „dass die Bank gern will?“

„Woher kann es wohl,“ sagt Ned, „dass die Bank gern will?“

„Woher kann es wohl,“ sagt Ned, „dass die Bank gern will?“

„Woher kann es wohl,“ sagt Ned, „dass die Bank gern will?“

„Woher kann es wohl,“ sagt Ned, „dass die Bank gern will?“

„Woher kann es wohl,“ sagt Ned, „dass die Bank gern will?“

„Woher kann es wohl,“ sagt Ned, „dass die Bank gern will?“

„Woher kann es wohl,“ sagt Ned, „dass die Bank gern will?“

„Woher kann es wohl,“ sagt Ned, „dass die Bank gern will?“

„Woher kann es wohl,“ sagt Ned, „dass die Bank gern will?“

„Woher kann es wohl,“ sagt Ned, „dass die Bank gern will?“

„Woher kann es wohl,“ sagt Ned, „dass die Bank gern will?“

„Woher kann es wohl,“ sagt Ned, „dass die Bank gern will?“

„Woher kann es wohl,“ sagt Ned, „dass die Bank gern will?“

„Woher kann es wohl,“ sagt Ned, „dass die Bank gern will?“

„Woher kann es wohl,“ sagt Ned, „dass die Bank gern will?“

„Woher kann es wohl,“ sagt Ned, „dass die Bank gern will?“

„Woher kann es wohl,“ sagt Ned, „dass die Bank gern will?“

